

Niederschrift
über die Sitzung des Seniorenrates
am 18.10.2023

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 09:00 Uhr

Ende: 12:00 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Dr. Wolfgang Aubke Vorsitzender

Monika Gebhart

(bis 11:30 Uhr)

Prof. Dr. Eberhard Göpel

Gerda Günzel

(Vertretung für
Nebahat Pohlreich)

Ursula Haas-Olbricht

(bis 11:30 Uhr)

Iris Huber

(bis 11:35 Uhr)

Heidi Kage

Gitte Klisa

(Vertretung für
Monika Gebhart,
ab 11:31 Uhr)

Michael Menzhausen

Ursel Meyer

(Vertretung für
Franz-Peter Diekmann)

Nebahat Pohlreich

Gabriele Siemoneit

(ab 09:15 Uhr,
Vertretung für
Ursula Haas-Olbricht
ab 11:31 Uhr)

Heinrich Friedrich Sürken

Erika Uffmann

Beratende Mitglieder

Regine Burg

AG Wohlfahrtsverbände

(Vertretung für
Dr. Peter Friedrich)

Heidemarie Schmidt

Jürgen Hölker

Alten- und Pflegeheime

FDP-Fraktion

(Vertretung für
Horst Boge)

Michael Holler-Göller

Hans-Werner Pläßmann

Gerhard Rieks

Cemil Yildirim

B'90/Die Grünen

SPD-Fraktion

Die Linke-Fraktion

Integrationsrat

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Andrea Diekhoff

Renate Worms

Stellvertretende beratende Mitglieder

Hans-Günter Spieshöfer SPD-Fraktion

Gäste

Daniel Schlüter Ev. Klinikum Bethel

Dr. Max Töpfer Ev. Klinikum Bethel

Verwaltung

Sven Dodenhoff Bauamt

Nora Kristin Gäbel Büro für Sozialplanung

Peter Hiltawsky Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Michael Kokemor Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Nina Vogel Büro für Sozialplanung

Schriftführung

Sven Schloemann Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Aubke begrüßt die Anwesenden zur 25. Sitzung des Seniorenrates und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Vorsitzender Herr Dr. Aubke begrüßt die Einwohnerin.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 24. Sitzung des Seniorenrates am 20.09.2023

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung des Seniorenrates am 20.09.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Sitzungstermine in 2024

Vorsitzender Herr Dr. Aubke verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Übersicht über die Sitzungstermine in 2024.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Arbeitskreissitzungen in 2024

Vorsitzender Herr Dr. Aubke verweist auf die als Tischvorlage ausliegende Übersicht über die Arbeitskreissitzungen in 2024. Frau Worms teilt mit, dass der **Arbeitskreis „Digitalisierung“** zwei Änderungswünsche habe, welche sie Herrn Schloemann im Nachgang zur heutigen Sitzung mitteilen werde.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 Inklusionsdinner 2023

Vorsitzender Herr Dr. Aubke verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Mitteilung der Verwaltung.

- Der Seniorenrat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.4 Neu im Pflegeportal – Ampelsignal für freie Kapazitäten

Vorsitzender Herr Dr. Aubke verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Mitteilung der Verwaltung.

- Der Seniorenrat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 3.5 Einladung "Café der Möglichkeiten" am 18.10.2023

Vorsitzender Herr Dr. Aubke verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Einladung.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Auf Nachfrage von Vorsitzendem Herr Dr. Aubke zum aktuellen Bearbeitungsstand des Antrages auf Hinweisbeschilderung zu den öffentlichen Toiletten erklärt Frau Meyer, dass der **Arbeitskreis „Stadtentwicklung, Verkehr, Umwelt“** noch an der Formulierung arbeite. Vorsitzender Herr Dr. Aubke erinnert, den Antrag in der Sitzung am 15.11.2023 auf die Tagesordnung nehmen zu wollen.

-.-.-

Zu Punkt 6 Fahrtauglichkeitsdiagnostik im höheren Lebensalter

Mit einer Präsentation (**Anlage 1**) informieren Herr Dr. Töpfer und Herr Schlüter die Anwesenden über das Projekt Fahrtauglichkeitsdiagnostik im höherem Lebensalter.

In der nachfolgenden Diskussion gehen Herr Dr. Töpfer und Herr Schlüter auf Fragen und Anregungen von Frau Burg, Frau Gebhart, Frau Huber, Vorsitzendem Herrn Dr. Aubke, Herrn Prof. Dr. Göpel, Herrn Holler-Göller, Herrn Scholten und Herrn Spieshöfer ein.

Herr Dr. Töpfer teilt zunächst mit, dass der Verzicht auf die Durchführung von freiwilligen Fahrtüchtigkeitsscreenings keinen Einfluss auf eine Reduzierung der Unfallhäufigkeit habe. Auf Veranlassung der Behörden würden Fahrtüchtigkeitsuntersuchungen derzeit erst nach einem Unfall vorgenommen werden. Sofern ein Mitglied des Seniorenrates den im Rahmen der Studie genutzten Befragungsbogen nutzen wolle, könne dieser unter der E-Mail-Adresse [max.toepper\(at\)evkb.de](mailto:max.toepper(at)evkb.de) angefordert werden.

Für die Studie stünden der Arbeitsgruppe fest gebundene Mittel für insgesamt 200 Untersuchungen von freiwilligen Probanden, welche die Arbeitsgruppe durch Zeitungsanzeigen gewonnen habe, zur Verfügung. Herr Schlüter ergänzt, dass allein aufgrund der Berichterstattung in der Neuen Westfälischen vom 12.06.2023 rund 500 weitere Menschen ihr Interesse an einer Teilnahme bekundet hätten. Da die Studie nach 200 Untersuchungen ende, könnten diese leider nicht mehr berücksichtigt werden. Herr Töpfer bekräftigt, dass die hohe Nachfrage zeige, dass die Menschen Bedarf an vergleichbaren Checks hätten. Er sehe dies als Möglichkeit für ADAC, TÜV und DEKRA, entsprechende Angebote zu schaffen.

Sofern niedergelassene, ärztliche Fachpersonen davon Kenntnis hätten, dass Patient*innen fahruntüchtig seien und eine Gefahr für sich selbst oder andere darstellen würden, könnten diese nach eigenem Ermessen eine Meldung nach § 34 Strafgesetzbuch „Rechtfertigender Notstand“ an die Behörden machen. Letzteres erfolge jedoch ausgesprochen selten, da die Schweigepflicht das höchste Gut im Vertrauensverhältnis sei.

Da jüngere Menschen ein verändertes Mobilitätsverhalten hätten, seien diese nach derzeitigem Stand voraussichtlich offener dafür, auf die Nutzung eines Autos im Alter zu verzichten. Dies liege auch daran, dass der Besitz eines Autos für jüngere Menschen nicht den gleichen Stellenwert wie für ältere Menschen habe.

Bezugnehmend auf die Problematik der Unkenntnis neu eingeführter Verkehrsschilder teilt Herr Dr. Töpfer die Einschätzung, dass damit ein Unfallrisiko für ältere Menschen einhergehe und entsprechende Schulungsprogramme durch ADAC, TÜV und DEKRA zu begrüßen wären. Vorsitzender Herr Dr. Aubke bittet den **Arbeitskreis „Gesundheit und Soziales“**, diesbezüglich mit der DEKRA in Kontakt zu treten und dankt Herrn Dr. Töpfer und Herrn Schlüter für ihre Ausführungen.

-.-.-

Zu Punkt 7

Öffentliche Toiletten in Bielefeld - Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6876/2020-2025

Herr Dodenhoff geht kurz auf die Punkte 1. bis 6. der als Tischvorlage vorliegenden Informationsvorlage der Verwaltung ein.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke dankt Herrn Dodenhoff und erklärt, dass er es begrüße, dass sich die Verwaltung dem Thema öffentliche Toiletten nun angenommen habe.

Frau Huber berichtet, dass die Vorlage in der gestrigen Sitzung des **Sozial- und Gesundheitsausschusses** diskutiert worden sei. Leider hätten sich die Parteien CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Anbetracht der Haushaltslage dafür ausgesprochen, zunächst nur die unter Ziffer 5. der Vorlage genannten Sofortmaßnahmen umzusetzen. Die Entwicklung eines gesamtstädtischen Toilettenversorgungskonzeptes solle erst nach Besserung der Haushaltslage in Auftrag gegeben werden. Sie habe daraufhin die Politik erinnert, dass der Seniorenrat bereits 2016 die Erstellung eines Toilettenversorgungskonzeptes beantragt habe. Dem Antrag hätten alle beteiligten Gremien entsprochen, jedoch sei seitens der Verwaltung nichts weiter veranlasst worden. Hinzu komme, dass alle Parteien im Rahmen der Kommunalwahl 2020 dem Seniorenrat ihr Versprechen gegeben hätten, sich für die Erstellung eines gesamtstädtischen Toilettenversorgungskonzeptes einzusetzen und dessen Umsetzung voranzutreiben. Vorsitzender Herr Dr. Aubke appelliert an die Vertreter*innen der Parteien, innerhalb ihrer Fraktionen Lobbyarbeit für die Umsetzung zu betreiben. Bezüglich der Entwicklung dieses Konzeptes bittet Vorsitzender Herr Dr. Aubke Herrn Dodenhoff, dabei die öffentlichen Toilettenanlagen an den Verknüpfungspunkten des öffentlichen Personennahverkehrs ins Umland nicht zu vergessen.

Aufgrund des Eigentümerwechsels des Jahnplatzforums könne Herr Dodenhoff keine Auskunft zu einer Wiederinbetriebnahme der dort befindlichen, öffentlichen Toilettenanlage machen. Auf der Verteilerebene der Stadtbahnhaltestelle Jahnplatz gebe es eine öffentliche Toilette, die zukünftig durch entsprechende Ausschilderung besser ausgewiesen und damit leichter auffindbar sein solle. Die Anregung von Frau Klisa, die Toilettenanlage im Jahnplatzforum auf ihre Nutzbarkeit als öffentliche Toilette hin prüfen zu lassen, nehme er mit.

Herr Prof. Dr. Göpel begrüßt die Informationsvorlage und verweist auf eine Lösung der Stadt Madrid in Spanien. Informationen seien unter <https://onehundredrestrooms.com/> einsehbar. Er betont, dass moderne öffentliche Toilettenanlagen 24 Stunden zugänglich sein

müssten und neben barrierefreien Nutzungsmöglichkeiten auch über Wickel- und Duschkmöglichkeiten verfügen sollten. Auf Hinweis von Herrn Prof. Dr. Göpel, dass die Beteiligung der Bürger*innen bei der Entwicklung des Konzeptes unumgänglich sei, teilt Herr Dodenhoff mit, dass die Verwaltung beabsichtige, die Bürger*innen in unterschiedlichen Formaten mit einzubinden.

Bezüglich der Bitte von Frau Worms, die öffentliche Toilettenanlage im Sennestadthaus zu den Markttagen am Samstag zu öffnen, erklärt Herr Dodenhoff, dass er das Gespräch mit dem Bezirksamt suchen werde, um diesbezüglich eine Lösung zu finden.

Herr Dodenhoff informiert auf Nachfrage von Herrn Holler-Göller, dass für die Entwicklung des Toilettenversorgungskonzeptes das Bauamt federführend zuständig sei. Bei Fragen und Anregungen zum Themenkomplex „Öffentliche Toiletten“ könnten sich die Mitglieder des Seniorenrates gerne per E-Mail an ihn wenden.

- Der Seniorenrat nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 8

Ombudspersonen nach § 16 WTG - Umsetzung bei der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6847/2020-2025

Mit einer Präsentation (**Anlage 2**) informiert Herr Kokemor die Anwesenden über die Beschlussvorlage.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke dankt Herrn Kokemor und eröffnet die Diskussion.

Auf Nachfrage von Frau Schmidt und Herrn Holler-Göller erklärt Herr Kokemor, dass nicht alle Heimbeiräte untereinander vernetzt seien. Ihm wäre jedoch bekannt, dass es innerhalb einer Trägerschaft Vernetzungen der Heimbeiräte gebe. Den Vorschlag, eine externe Person in die Heimbeiräte mit einzubinden, begrüße er. Auch die Verwaltung habe bei den Prüfungen wahrgenommen, dass die Heimbeiräte Unterstützungsbedarf bei der Beratung hätten und dies eine sinnvolle Ergänzung wäre. Die Verwaltung werde voraussichtlich in der kommenden Sitzung des Seniorenrates eine Beschlussvorlage für die Benennung der ehrenamtlich tätigen Ombudsperson einbringen.

Herr Kokemor teilt die Einschätzung von Frau Gebhart, dass es der Ombudsperson nicht möglich sein werde, sich in jeder einzelnen Einrichtung in Bielefeld vorzustellen. Eine Bekanntmachung in den Einrichtungen durch Brief, Flyer oder Aushang sei jedoch möglich.

Er hebt hervor, dass die Ombudsperson primär für die Schlichtung/Vermittlung bei Anliegen zuständig sei. Eine persönliche Vorstellung der Ombudsperson in den Einrichtungen müsse daher als sekundär betrachtet werden.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Rat der Stadt zu empfehlen, zu beschließen:

- 1. Die Stadt Bielefeld richtet die Funktion der ehrenamtlich tätigen Ombudsperson(en) gemäß § 16 Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) NRW ein. Der Richtlinie zur Arbeit der Ombudsperson(en) wird zugestimmt. (Anlage 1)**
- 2. Die Bestellung der Ombudsperson(en) erfolgt durch den Sozial- und Gesundheitsausschuss.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 9

Weiterführung des Teilhabefonds ab 2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6870/2020-2025

Frau Vogel verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Beschlussvorlage. Der Teilhabefonds biete sich als niedrighschwelliches Instrument, insbesondere für die Umsetzung kleiner Projekte innerhalb der Quartiere, an. Über die Vergabe der Finanzmittel entscheide, nach einer Vorsondierung der eingereichten Projektanträge durch das Büro für Sozialplanung, ein Vergabegremium. Frau Vogel informiert die Anwesenden, dass Frau Huber und Vorsitzender Herr Dr. Aubke Mitglieder dieses Vergabegremiums seien. In den vergangenen drei Jahren seien 97 Anträge bewilligt worden. Davon 20 Anträge zur Steigerung der Teilhabe von Senior*innen. Sofern die Weiterführung des Teilhabefonds durch den **Rat** der Stadt Bielefeld wie empfohlen beschlossen werde, bitte sie die Mitglieder des Seniorenrates, Werbung bei den Bielefelder Senior*innen für die Beantragung von Fördermitteln aus dem Teilhabefonds für kleinere Projekte zu machen.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke dankt Frau Vogel für ihre Ausführungen und bestätigt, dass sich das Vergabegremium die Entscheidung über die Vergabe der Projektmittel stets nicht einfach mache. Die Auswertung der geförderten Projekte habe gezeigt, dass der Teilhabefonds ein sehr sinnvoll eingesetztes Mittel zur Förderung

einzelner Gruppen sei.

Zur besseren Information der Öffentlichkeit über die Inanspruchnahme von Mitteln aus dem Teilhabefonds teilt Herr Prof. Dr. Göpel mit, dass er es begrüßen würde, wenn die einzelnen geförderten Projekte wie schon 2021 wieder mit Kurzfilmen vorgestellt würden.

Frau Huber weist darauf hin, dass der **Sozial und Gesundheitsausschuss** der Beschlussvorlage vorbehaltlich der Haushaltsplanberatungen im **Finanz- und Personalausschuss** zugestimmt habe. Falls der **Finanz- und Personalausschuss** feststellen sollte, dass die Haushaltsmittel hierfür nicht ausreichen, könne es zu Abstrichen beim Finanzvolumen des Teilhabefonds kommen.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Seniorenrat empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Jugendhilfeausschuss und dem Finanz- und Personalausschuss, dem Rat der Stadt Bielefeld zu empfehlen, wie folgt zu beschließen:

1. Der Teilhabefonds wird für drei Jahre ab 2024 im Umfang von 150.000 € jährlich weitergeführt. Die Finanzierung der hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 450.000 € erfolgt aus bereits veranschlagten Haushaltsmitteln des Büros für Sozialplanung (540).

2. Die in der Anlage beigefügten geltenden Richtlinien zur Vergabe der Projektmittel werden weiterhin angewendet.

3. Das vorhandene Vergabegremium bleibt bestehen. Dieses Gremium empfiehlt dem Sozialdezernat mind. zwei Mal im Jahr mittels $\frac{3}{4}$ -Mehrheitsbeschluss, welche Projekte gefördert werden sollen. Das Vergabegremium setzt sich wie folgt zusammen:

- **3 Vertreter*innen der Kommunalpolitik:**
 - **CDU-Fraktion: Herr Copertino, Frau Varnholt (Stellvertreterin)**
 - **SPD-Fraktion: Frau Gorsler, Herr Kollmeier (Stellvertreter)**
 - **Fraktion Bündnis 90/Grüne: Herr Hood, Frau Bohne (Stellvertreterin)**
- **1 Vertreter*in des Integrationsrates:**
 - **Frau Adilovic, Frau El Alaoui (Stellvertreterin)**
- **1 Vertreter*in des Beirates für Behindertenfragen:**
 - **Herr Dr. Bruder, Herr Winkelmann (Stellvertreter)**
- **1 Vertreter*in des Seniorenrates:**
 - **Frau Huber, Herr Dr. Aubke (Stellvertreter)**

- **1 Vertreter*in des Psychiatriebeirates:**
 - **Herr Müller, Herr Klein (Stellvertreter)**
- **2 Vertreter*innen der Wohlfahrts- und Jugendverbände:**
 - **Frau Häckel, Frau Puffer (Stellvertreterin)**
 - **Herr Paus, Herr Varnholt (Stellvertreter)**
- **Sozialdezernent der Stadt Bielefeld (Vorsitz)**
- **2 Vertreter*innen aus dem Büro für Sozialplanung (Schriftführung)**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Berichte aus Ausschüssen, Arbeitskreisen, von beratenden Mitgliedern sowie aus den Bezirksvertretungen

- Frau Klisa und Herr Menzhausen berichten über Aktuelles aus den **Arbeitskreisen „Stadtentwicklung, Umwelt, Verkehr“** sowie **„Kultur, Weiterbildung, Schule und Sport“**.
- Aus der Sitzung des **Sozial- und Gesundheitsausschusses** vom 17.10.2023 informiert Frau Huber, dass der Ausschuss die Entscheidung über die Beschlussvorlage „Bereitstellung ausreichender Finanzmittel im Haushaltsplan 2024 für die Konzepte Hitzeaktionsplan sowie Hausärztliche Versorgung“ (Drucksachennummer 6831/2020-2025), basierend auf einem Antrag des Seniorenrates aus der Sitzung vom 20.09.2023, vertagt habe. Dies liege daran, dass die Verwaltung für die Novembersitzung Vorlagen zum Hitzeaktionsplan sowie der Haus- und Kinderärztlichen Versorgung angekündigt habe, welche auch Aussagen zur Finanzierung im Haushaltsplan beinhalten würden.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke bittet Herrn Schloemann, die Beschlussvorlage „Bereitstellung ausreichender Finanzmittel im Haushaltsplan 2024 für die Konzepte Hitzeaktionsplan sowie Hausärztliche Versorgung“ (**Anlage 3**) und die Beschlussvorlage „Bereitstellung ausreichender Finanzmittel im Haushaltsplan 2024 für das Konzept öffentliche Toiletten“ (**Anlage 4**) mit der Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Da die aktuelle Haushaltslage zurzeit noch nicht vollständig bewertbar sei und die Gesamthaushaltssituation berücksichtigt werden müsse, berichtet Frau Huber, dass der **Sozial und Gesundheitsausschuss** die Haushalts- und Stellenpläne der Verwaltung vorbehaltlich der Schlussberatungen im **Finanz- und Personalausschuss** oder aber auch im **Rat** der Stadt Bielefeld beschlossen habe. Es könne somit noch zu Anpassungen der Haushaltes- und Stellenpläne kommen.

- Frau Worms berichtet, dass der **Arbeitskreis „Digitalisierung“** in seiner letzten Sitzung die öffentliche Veranstaltung zum Thema „Digitalisierung“ final vorbereitet habe.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke bittet die Mitglieder, ihr Resümee über die Veranstaltung am 17.11.2023 zu ziehen.

Frau Klisa bemängelt, dass es in der Presse keine Information über die Veranstaltung des Seniorenrates gegeben habe. Vorsitzender Herr Dr. Aubke erklärt, dass er eine Woche vor dem Termin eine entsprechende Presseinformation persönlich bei den Lokalzeitungen abgegeben habe. Frau Haas-Olbricht regt an, zur Information der Öffentlichkeit auf der Homepage des Seniorenrates darauf hinzuweisen, dass Informationen des Seniorenrates in den Lokalzeitungen nicht veröffentlicht würden. Frau Worms plädiert dafür, dass der Seniorenrat erneut das Gespräch mit den Lokalzeitungen suchen und für die Zukunft erfragen solle, in welcher Form die Zeitungen Informationen für eine Publikation benötigen würden. Es müsse auch in Betracht gezogen werden, den Zeitungen derlei Informationen in digitaler Form zur Verfügung zu stellen.

Herr Spieshöfer bedauert, dass nicht alle Mitglieder des Seniorenrates an der Veranstaltung teilgenommen hätten. Er halte es für wichtig, dass die Mitglieder gerade bei den eigenen Veranstaltungen des Seniorenrates Präsenz zeigen würden. Frau Worms teilt die Einschätzung von Herrn Spieshöfer.

Bezüglich der Abbildung der Präsentation auf der Leinwand kritisiert Herr Holler-Göller, dass diese aufgrund der Raumbelichtung nicht gut lesbar gewesen sei. Darüber hinaus hätte er es begrüßt, wenn seitens der Vortragenden weniger Fachausdrücke und mehr einfache Sprache verwendet worden wäre.

Auf Nachfrage seitens Frau Schmidt zu den Arbeitsergebnissen der Diskussionsrunden teilt Vorsitzender Herr Dr. Aubke mit, dass der **Arbeitskreis „Digitalisierung“** diese aufarbeiten und den Mitgliedern des Seniorenrates zur Verfügung stellen werde.

Vorsitzender Herr Dr. Aubke schlägt abschließend vor, die Presse zu einem Gespräch einzuladen, in welchem die gewonnenen Erkenntnisse der Veranstaltung vorgestellt werden. Seitens der Anwesenden werden gegen das vorgeschlagene Verfahren keine Einwände geäußert.

- Herr Holler-Göller, Herr Spieshöfer und Herr Rieks teilen mit, dass die Fraktionen **SPD**, **Bündnis 90/Die Grünen** und **Die Linke** grundsätzlich hinter der Idee der Entwicklung eines gesamtstädtischen Toilettenversorgungskonzeptes stehen würden. Für die **Fraktion „Die Linke“** erklärt Herr Rieks, dass die-

se insbesondere Schwierigkeiten mit den für die Konzepterstellung verbundenen hohen Ausgaben habe.

- Aus dem **Arbeitskreis „Pflege und Wohnen im Alter“** informiert Frau Schmidt, dass dieser den Flyer „Grauer Pflegemarkt“ in Rückkopplung mit der Verbraucherzentrale final bearbeitet habe. Vorsitzender Herr Dr. Aubke ergänzt, dass der Seniorenrat in der kommenden Sitzung über die Publikation des Flyers entscheiden werde. Im Januar sei dann ein Pressegespräch zum Thema „Grauer Pflegemarkt“ geplant.
- Für die **Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände** berichtet Frau Burg, dass Frau Hopster bestätigt habe, dass der AWO Kreisverband Bielefeld e.V. nicht von der Insolvenz des AWO Bezirksverbandes OWL e.V. betroffen sei. Dies liege auch an der strikten, wirtschaftlichen Trennung.
- Herr Yildirim teilt mit, dass der **Integrationsrat** sich aktuell u. a. mit den Themen Projekt "Guter Lebensabend NRW" sowie „Kultursensible Pflege“ beschäftige. Vorsitzender Herr Dr. Aubke bittet Herrn Yildirim, noch einmal auf Frau Adilovic bezüglich einer gemeinsamen Vorstandssitzung hinzuwirken.
- Herr Sürken informiert die Anwesenden, dass er der Sitzung der **Bezirksvertretung Mitte** am 19.10.2023 beiwohnen werde. Thema sei u. a. die Innenstadtstrategie, aus welcher sich Handlungsnotwendigkeiten für den Seniorenrat ergeben könnten.

-.-.-

Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Dr. Aubke stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Dr. Aubke
(Vorsitzender)

Schloemann
(Schriftführer)